

# **BR/GT I/134 d/71**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**



---

- Sekretariat -

A r b e i t s u n t e r l a g e

für die 10. Sitzung der Arbeitsgruppe I  
vom 22. bis 28. November 1971

Artikel: 130

Problem: Vorauszahlung von Jahresgebühren bei Gebührenerhöhungen

Verfasser: Deutsche Delegation

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage eine Aufzeichnung der deutschen Delegation zur Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Jahresgebühren gemäß Artikel 130 im voraus entrichtet werden können.



AUFZEICHNUNG DER DEUTSCHEN DELEGATION

zur Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Jahresgebühren gemäß Artikel 130 im voraus entrichtet werden können.

Die EWG-Sachverständigengruppe "Gemeinschaftspatent" hat auf ihrer 6. Sitzung vom 8. bis 18. Juni 1971 in Brüssel für das 2. Übereinkommen einen Artikel 53 über die Fälligkeit der Jahresgebühren angenommen, der sich an Artikel 130 des 1. Übereinkommens anlehnt. Bei der Diskussion dieses Artikels 53 ist die Frage aufgetreten, ob eine Gebührenerhöhung auch dann befreiende Wirkung hat, wenn eine Jahresgebühr vor dem Tag ihrer Fälligkeit zum bisherigen Satz entrichtet worden ist, aber noch vor oder an diesem Tag eine Gebührenerhöhung in Kraft trat. Die Sachverständigengruppe war übereinstimmend der Auffassung, daß diese Frage einer Klarstellung bedarf und außerdem eine gewisse Schutzvorschrift für den Patentinhaber in Erwägung gezogen werden sollte.

Die EWG-Sachverständigengruppe "Gemeinschaftspatent" hat mit Rücksicht darauf, daß sich in Artikel 130 des 1. Übereinkommens die gleichen Fragen stellen, zunächst von entsprechenden Regelungen abgesehen und die deutsche Delegation beauftragt, die Frage der Arbeitsgruppe I darzulegen und ihr einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, der für das 2. Übereinkommen übernommen werden könnte. Dieser Vorschlag wird der Arbeitsgruppe I hiermit vorgelegt.

Bei der Prüfung der genannten Fragen kam die deutsche Delegation zu der Auffassung, es sollte - vorbehaltlich gewisser Schutzvorschriften - zunächst der Grundsatz gelten, daß eine Jahresgebühr immer in der Höhe des Satzes zu entrichten ist, der am Tag seiner Fälligkeit gilt. Eine Vorauszahlung zu dem niedrigeren Satz sollte daher den Anmelder nicht davon entbinden, eine entsprechende Nachzahlung zu leisten, wenn zwischen der Vorauszahlung und der Fälligkeit eine Gebührenerhöhung in Kraft getreten ist. Daher schlägt die



deutsche Delegation zunächst vor, in Absatz 1 des Artikels 130 einen Satz 2 mit einer entsprechenden Klarstellung anzufügen.

Gerade mit Rücksicht auf den so in Absatz 1 klargestellten Grundsatz erscheint es aber notwendig, eine Schutzvorschrift für die Anmelder zu schaffen, die kurz vor Inkrafttreten der Jahresgebührenerhöhung oder auch kurz nach ihrem Inkrafttreten die Jahresgebühr zwar rechtzeitig, aber noch in Höhe des früheren Satzes entrichtet haben.

In der Gruppe "Gemeinschaftspatent" ist zunächst erwogen worden, eine frühzeitige Information der Patentinhaber über eine bevorstehende Gebührenerhöhung vorzusehen. Zu diesem Zweck sollte vorgeschrieben werden, daß Vorschriften, die der Verwaltungsrat erläßt, in jedem Fall rechtzeitig und, sofern es sich um Änderungen der Gebührenordnung handelt, mindestens 3 Monate vor ihrem Inkrafttreten im Amtsblatt des Europäischen Patentamts zu veröffentlichen sind. Die deutsche Delegation kam zu dem Ergebnis, daß wohl davon abgesehen werden kann, eine solche Vorschrift ausdrücklich in das Übereinkommen aufzunehmen, da es sich von selbst verstehen dürfte, daß alle Beschlüsse des Verwaltungsrats so frühzeitig veröffentlicht werden, daß sich die Betroffenen darauf einstellen können.

Obwohl also eine rechtzeitige Veröffentlichung der Gebührenerhöhung im Amtsblatt den Anmeldern es in aller Regel ermöglichen dürfte, sich mit ihren Zahlungen auf die Gebührenerhöhungen einzustellen, dürfte trotzdem eine besondere Schutzvorschrift zweckmäßig sein, damit Anmeldern, die unmittelbar vor oder nach dem Eintritt der Gebührenerhöhung zum alten Gebührensatz rechtzeitig bezahlt haben, keine Nachteile entstehen. Eine derartige Schutzvorschrift wird in Absatz 2a vorgeschlagen. Dieser Absatz 2a lehnt sich in seiner Systematik an Absatz 2 an. Er ermöglicht es, daß der Unterschiedsbetrag zwischen altem und neuem Gebührensatz ohne Zuschlag nachentrichtet werden kann. Da Absatz 2a lediglich verlangt, daß die Gebühr nach altem Satz "rechtzeitig" gezahlt worden





ist, werden auch die Fälle erfaßt, in denen noch vor Fälligkeit gezahlt wurde.

Es stellte sich die Frage, ob der Anmelder, der rechtzeitig zum alten Gebührensatz gezahlt hat, vom Europäischen Patentamt zu der erforderlichen Nachzahlung aufgefordert werden soll. Es wurde jedoch davon abgesehen, in Absatz 2a eine derartige Aufforderung vorzusehen, da auch in Absatz 2 keine Mahnung vorgesehen ist. Die Arbeitsgruppe I wollte bei der Abfassung des Absatzes 2 das Europäische Patentamt nicht zu Mahnungen verpflichten. Dies sollte jedoch nicht ausschließen, daß es solche Mahnungen - ohne dazu durch das Übereinkommen verpflichtet zu sein - versendet. Dies könnte insbesondere dann erwogen werden, wenn Mahnungen ohne Schwierigkeiten von einem Computer hergestellt werden können. Entsprechendes gilt auch für den neu vorgeschlagenen Absatz 2a. Das Europäische Patentamt kann daher, wenn die technischen Möglichkeiten es erlauben, Aufforderungen zur Nachzahlung des Fehlbetrags versenden.

Abschließend sei bemerkt, daß sich die gleichen Fragen auch bei der Erhöhung anderer Gebühren als der Jahresgebühren stellen. Der Vorschlag der deutschen Delegation beschränkt sich jedoch auf die in Artikel 130 geregelte Fälligkeit der Jahresgebühren, ohne auch einen entsprechenden Vorschlag für die Gebührenordnung bezüglich der anderen Gebühren zu machen. Davon dürfte auch abgesehen werden können, da der Verwaltungsrat bei der Erhöhung anderer Gebühren mit der Änderung der Gebührenordnung entsprechende Übergangsvorschriften, jeweils unter Berücksichtigung des Charakters der erhöhten Gebühren, erlassen kann.



## Artikel 130

## Fälligkeit

(1) Die Jahresgebühren sind jeweils im voraus am letzten Tag des Monats fällig, der durch seine Benennung dem Monat entspricht, in welchem die europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist.

(2) Erfolgt die Zahlung der Jahresgebühr nicht bis zu dem gemäß Absatz 1 für die Fälligkeit maßgebenden Tag, so kann die Jahresgebühr noch innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Fälligkeit wirksam entrichtet werden, sofern sie mit dem in der Gebührenordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Zuschlag entrichtet wird.

(3) Wird eine Jahresgebühr bis zum Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist nicht entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

## Artikel 130

## Fälligkeit

(1) Die Jahresgebühren sind jeweils für das kommende Jahr am letzten Tag des Monats fällig, der durch seine Benennung dem Monat entspricht, in welchem die europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist. Eine Jahresgebühr ist in Höhe des Satzes zu entrichten, der am Tag ihrer Fälligkeit gilt.

(2) +

(2a) Wird für eine Jahresgebühr, die innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten einer Gebührenerhöhung fällig wird, nur der vor der Erhöhung maßgebende Betrag rechtzeitig gezahlt, so gilt die Jahresgebühr als wirksam entrichtet, sofern der fehlende Betrag innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Fälligkeit der Jahresgebühr gezahlt wird. Ein Zuschlag nach Absatz 2 wird nicht erhoben.

(3) Wird eine Jahresgebühr mit dem Zuschlag nach Absatz 2 oder, im Fall des Absatzes 2a, der fehlende Betrag nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Bemerkung zu Absatz 1:

Die Einfügung "für das kommende Jahr" betrifft nur den deutschen Text.

